



Dat Pöggsken

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

**Guten Tag, liebe Leserin
und lieber Leser!**

„Dat Pöggsken“ versucht in seinem „Guten Tag“ stets den wesentlichen – meist politischen – Punkt zu finden, der die Menschen beschäftigt, die Atmosphäre dominiert, und dabei nicht nur die Probleme aufzuzählen, sondern auch Perspektiven zu zeigen, die Grund zur Hoffnung geben können. Schwierig in der Zeit eines grausamen Angriffskrieges mitten in Europa. Versuchen wir es trotzdem:

Wladimir Putin hat beschlossen, die Situation Russlands durch Gewalt zu verändern. Die Entrüstung, der Aufschrei und die Einigkeit in Europa, das nicht zu akzeptieren, zeigen bereits eine Veränderung. Den Staaten wird nicht mehr, wie vor etwas mehr als 100 Jahren, das Recht zugebilligt, Kriege zu entfachen. Vorausgesetzt, dass Putin seine Ziele nicht erreicht, und wenn wir es wollen, kann sich die Chance ergeben, diese alte Militärdoktrin ganz zu überwinden und mit anderen Augen auf die Logik von Aufrüstung und Abschreckung zu schauen, die Angriffskriege offensichtlich nicht verhindert, sondern erst ermöglicht. Wenn wir dieser Logik nicht mehr folgen, keine Angriffsarmeen mehr ausrüsten und das auch von allen anderen verlangen, dann können wir ein Europa, vielleicht auch eine Welt, ohne Kriege erreichen. Wenn wir es wollen!



Ihre und Eure
Pöggskenredaktion

Von Hier an Zukunft. - Landtagswahl 15.Mai **SEITE 8**

Liebe Telgterinnen und Telgter,

es ist noch gar nicht so lange her, da rangierte das Thema Klimaschutz und die Bekämpfung des fortschreitenden Klimawandels ganz oben in der Liste der Themen, die den Menschen in Deutschland wichtig sind und bei denen sie von der Politik konkretes und konsequentes Handeln erwarten.

Die seit Anfang 2020 anhaltende Corona-Pandemie und aktuell vor allem der Krieg Russlands gegen die Bevölkerung der Ukraine haben sich in der Wahrnehmung und in der Bedeutung für unser tägliches Leben vor die Thematik des Klimaschutzes geschoben. Seltenerweise sind aber auch diese Themen miteinander verwoben, denn eine Verringerung unserer Abhängigkeit von Öl und Gas aus Russland geht einher mit der dringenden Notwendigkeit, unseren Energiebedarf künftig ohne die fossilen Energien zu decken und die Erneuerbaren

konsequent auszubauen.

Und ohne dabei in Panik zu verfallen: Wir haben für die Umsteuerung auf erneuerbare Energien nicht gerade noch viel Zeit. Die Erderwärmung hat im zurückliegenden Jahrzehnt massiv zugenommen und wir leben und wirtschaften bereits in einer Welt von mehr als 1,5 °C Temperaturerhöhung, die nach den Beschlüssen der Klimakonferenz in Paris 2015 in diesem Jahrhundert möglichst nicht überschritten werden sollte. Waldbrände, Hitzesommer, Starkregenereignisse und andere extreme Wetterlagen, steigender Meeresspiegel und schmelzende Polkappen – der Klimawandel bedroht unsere natürliche Umwelt und damit die Basis unseres Zusammenlebens, letztlich unsere Zukunft.

Und die politischen Konsequenzen in unserer Stadt? Mit erfreulich einstimmigen Beschlüssen haben sich die Ratsfraktionen auf die „Klimastrategie 2040“ der Stadt Telgte und die ers-

ten Umsetzungsschritte verständigt und damit das Ziel verknüpft, dass die Stadt bis spätestens zum Jahr 2040 klimaneutral ist. Ebenfalls einstimmig beschloss der Planungsausschuss im März, dass nun auch der substanzielle Ausbau von Windkraftanlagen im Stadtgebiet ermöglicht werden soll, der leider aus verschiedenen Gründen seit zwanzig Jahren auf Eis lag. Daneben wird durch das „1.000 Solar-dächer-Programm“ und die Vorbereitung eines Planungsverfahrens für Freiflächen-Photovoltaik das Ziel untermauert, den Anteil des selbst erzeugten Solarstroms im Stadtgebiet Telgte weiter zu erhöhen.

Diese klimapolitisch notwendigen Maßnahmen sind nicht ohne Konflikte und Konfliktlösungen zu erreichen: Der eine möchte keine Windkraftanlagen, die andere lehnt Freiflächen-Photovoltaik ab – für und gegen jede wirksame Klimaschutzanstrengung gibt es Argumente. Jetzt



dürfen wir uns nicht in einer Diskussion über Details verlieren, sondern müssen mutig den Weg eines konsequenten Klimaschutzes fortsetzen und die Debatten und Konflikte dazu offen und konstruktiv führen und Widerspruch aushalten.

So können wir auch in Telgte real etwas bewegen, um der Erderwärmung und den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, wenn wir das gemeinsam und ohne ideologische Scheuklappen tun.

Wolfgang Pieper

Frag' den NABU!

Erste ehrenamtliche Gartenberater*innen für Telgte

Im Rahmen des von der Stadt Telgte geförderten Insektenschutz-Projektes „Telgte blüht auf“ können Interessierte beim NABU eine ca. einstündige, kostenlose Beratung vor Ort im heimischen Garten vereinbaren.

Eigens von der NABU-Naturschutzstation Münsterland ausgebildete Naturgarten-Berater*innen kommen ins Haus, um Tipps u.a. für die richtige Pflanzenwahl, Struktur-

reichtum, Nisthilfen und Bezugsquellen zu geben. Dabei spielen heimische Arten eine ganz entscheidende Rolle, gerade im Privatgarten. Heimische Stauden sind wertvoll für die Vielfalt unserer Insektenwelt.

Die weitaus größte Zahl heimischer Insekten ist aber an einzelne, nur von Natur aus bei uns vorkommende Kräuter, Stauden und Gehölze dringend angewiesen. Daher ist es

wichtig für die Artenvielfalt in einer Stadt, wenn weniger gefüllt-blühende Rosen oder Rhododendren die Gärten schmücken, sondern die bunte, heimische Vielfalt von Wegwarte, Thymian und Co. in unsere (Vor-)Gärten einziehen dürfen.

Ganz häufig können wir viel mehr tun, als wir denken, und meistens hat es nichts mit der Größe unseres Geldbeutels zu tun, sondern viel mehr

mit unserer Unkenntnis und dem Bedürfnis, alles „ordentlich“ zu haben. Darin liegt die häufigste Ursache, die vielen Arten das Überleben in unseren Gärten fast unmöglich macht. Aber nun wird's besser!

Termine können vereinbart werden unter: garten@NABU-Station.de.

t.s.

PÖGGSCAST
Der grüne Talk aus Telgte

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

poeggscast.de

Ernährungssicherheit kontra Artenschutz

Durch den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine werden die Weizenausfuhren sowohl der Ukraine als auch Russlands weitgehend zusammenbrechen. Schon werden Forderungen laut, die Stilllegungspflicht von mindestens vier Prozent der Ackerfläche in der EU ab 2023 vorübergehend auszusetzen.

In einer Studie zeigt die Heinrich-Böll-Stiftung, dass eine solche Aussetzung aber nur einen marginalen Einfluss auf die Getreideproduktion und auf die Preise haben wird, da selbst bei günstigsten Annahmen - etwa, dass auf allen zurzeit stillgelegten Flächen Getreide angebaut werden kann - die globale Getreideerzeugung nicht einmal um ein Prozent gesteigert werden könnte.

Ohnehin ist der aktuelle Getreidepreis weniger dem fehlenden Angebot geschuldet als vielmehr den gestiegenen Energie- und Düngemittelpreisen.



Hier entsteht eine ökologische Wüste zur Futterproduktion - ein Maisfeld
Foto: Tatjana Scharfe

Weitaus größere Flächen als durch die Stilllegungspflicht gehen durch den Anbau von Futtermittel verloren - nämlich 5,2 Millionen Hektar Ackerland gegenüber 350 Tausend Hektar - also knapp das Fünfzehnfache. Hinzu kommen noch 4,8 Millionen Hektar Grünland, die ebenfalls durch die

Viehwirtschaft genutzt werden. Somit werden rund 10 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche - das sind 60 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche - für die Futterproduktion in Deutschland verbraucht.

Um eine Futterfläche von 350 Tausend Hektar

einzusparen, müsste jedeR Deutsche im Durchschnitt nur auf etwas mehr als 100 Gramm Fleisch pro Woche

verzichten.

Neben den heimischen Wiesen und Äckern werden zudem weitere Flächen für die Futtermittelproduktion in Ländern des globalen Südens genutzt mit dramatischen Auswirkungen für die dort lebende Bevölkerung und für das Weltklima. So gehen im Amazonas zurzeit mehr als 1 Millionen Hektar Regenwald pro Jahr durch die landwirtschaftliche Nutzung verloren.

Ein Reduzierung des Fleischkonsums hat somit einen positiven Einfluss sowohl auf die Ernährungssituation als auch auf das Klima und den Artenschutz.

p.s.

Ha! Nochmal NABU!



Erfolgreicher Abschluss der zweitägigen Fortbildung zur ehrenamtlichen Gartenberater*in von links: Gartenbesitzerin Ann-Kathrin Will, Joachim Eberhardt, Daniela Kaminski, Tatjana Scharfe, Sarah Klein-Hitpaß (NABU)
Foto: Daniela Kaminski



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Im wilden Mann

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/692 34 90

Kaminzimmer
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Beverbrücke gesperrt

In der Ratssitzung vom 7. April 2022 berichtete die Verwaltung über den maroden Zustand der Brücke an der Bevermündung in die Ems. Die Prüfung ergab leider, dass diese Brücke vorläufig gesperrt werden muss, da neben der Beplankung auch konstruktive Brückenteile Schäden aufweisen.

Zur Erinnerung: diese Brücke sollte bereits vor gut 10 Jahren aufgrund ihres schlechten Zustandes entfernt werden. Damals noch im Besitz der Bezirksregierung übernahm die Stadt diese Brücke. Gleichzeitig wurde die Brücke nur noch für Fußgänger freigegeben. Reitverbotschilder hielten Reiter leider nicht davon ab, die Brücke weiter nutzen und zu „kompostieren“, was den Verfall weiter beschleunigte. Da die Bedeutung der Brücke als Verbindung für Fußgängerinnen und Fußgänger unstrittig ist, will die Stadt sie dauerhaft erhalten – zu welchem Preis dies möglich ist, ist aber derzeit noch vollkommen offen.

m.b.



Foto: Michael Brandherm

Voßhaarbrücke endlich wieder frei

Als im Juni 2020 Teile der Bahnüberführung auf die Bahngleise fielen, waren zunächst mal alle Beteiligten froh darüber, dass nur Brücke und Gleise beschädigt wurden. Dass die Sanierung und Sperrung der wichtigen Verbindung zwischen den Bauerschaften Wiewelhook bzw. Voßhaar und Ortsmitte Vadrup dann doch einen so großen Zeitraum in Anspruch nehmen würden, hätte sicherlich niemand erwartet.

Die notwendigen (ergebnislosen) Prüfungen durch die Staatsanwaltschaft, verschiedenste Prüfungen der Brücke sowie die sehr schwierigen Absprachen zu notwendigen Streckensperrungen bei der Deutschen Bahn verzögerten die Sanierung erheblich. Anfang April 2022 wird die Brücke noch einmal voll gesperrt, um den Fahrbahnbelag endgültig fertig zu stellen. Dann ist dieses Kapitel endlich abgeschlossen.

m.b.

Schwarzer Tag für die Denkmalpflege

Weil es klar ist, dass nach der Wahl für eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes keine Mehrheit mehr zusammenkommt, hat CDU-Bauministerin Scharrenbach am 06.04.2022 noch kurz vor der Wahl eine Neufassung des Denkmalschutzgesetzes durchgeboxt. Die Möglichkeiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege werden erheblich eingeschränkt. Der Westfalen-Spiegel aus Münster berichtet: „Dass ein Gesetz trotz erwiesener fachlicher Mängel, Verwirrung stiftender Verfahren, gewollter

Ungleichbehandlung von Denkmaleigentümern und einer Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe per Fraktionszwang wider besseres Wissen durchgedrückt wurde, ist erschütternd. Hier wird ein Gesetz ohne angemessene Debatte auf Basis falscher Behauptungen, Annahmen und Verzerrungen in einem höchst fragwürdigen Eilverfahren durchgesetzt“, kommentierte Dr. Steffen Skudelny, Vorstand

der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, die Entscheidung des Landtags. Von einem „schwarzen Tag für die Denkmallandschaft NRW“ spricht Dr. Silke Eilers, Geschäftsführerin des Westfälischen Heimatbundes: „Dass ein Gesetz, das sich durch handwerkliche Fehler, die Schaffung einer Zwei-Klassen-Denkmalpflege und die Missachtung von Fachlichkeit zugunsten von Partikularinteressen auszeichnet, noch rasch

vor den Landtagswahlen zur Abstimmung gebracht wurde, macht betroffen“, so Eilers. Sie appelliert an die Entscheider, das Thema Denkmalschutz in der neuen Legislaturperiode nochmals aufzugreifen. „Denn echte Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements geht über finanzielle Förderung hinaus, sie bedeutet auch Dialog auf Augenhöhe und Partizipation.“

u.w.

Alle Tassen im Schrank?

Fair produzierte Keramiktassen und -becher.
Natürlich bei 2Heaven.

2HEAVEN Eco Concept Store for women + men. Kapellenstraße 4, Telgte

Alte „Brenne“ – neue Chance

Kornbrennerei erhält attraktives Umfeld

Viele werden den Weggang des Drogeriemarktes in der Steinstraße bedauert haben; es war das erste Anzeichen dafür, dass hier Veränderungen anstehen.

Eine gute Konzeption ist hier schwierig, aber wichtig, denn die alte Kornbrennerei als herausragendes Denkmal in der Altstadt darf durch eine Neubebauung im Umfeld nicht über die Maßen beeinträchtigt werden. Ein erster Entwurf fand daher auch bei der Stadt keine Gnade.

Jetzt liegen neue Pläne vor, die für das gesamte Areal von der Steinstraße mit dem ehemaligen Kino (wer erinnert sich noch?) bis Kodi und rückwärtig bis zur Königstraße eine komplette Neuordnung bedeuten. Sie sehen eine Art Cityquartier mit Gassen und Innenhöfen mit „mediterranem Flair“, so die Planer.

Entlang der Steinstraße sollen mehrere giebelständige Häuser entstehen, dahinter zwei weitere Häuser,

nördlich der Kornbrennerei ein langgestreckter Bau bis zur Königstraße. Mehrere Läden mit einer Größe bis zu 710 m² bieten dem Einzelhandel Raum; die Erdgeschosse im hinteren Bereich sollen gastronomisch genutzt werden, wobei auch Platz für Außengastronomie ist.

In einem Gebäude an der Königstraße sowie in den Obergeschosse können insgesamt 40 Wohneinheiten entstehen. Eine Tiefgarage mit Zufahrt von der Königstraße soll 39 Stellplätze für Autos, Fahrradplätze etc. aufnehmen - ziemlich knapp gedacht. Ob man hier schon auf die autofreie Stadt hofft?

Während die Grundkonzeption bei der Stadt und im Gestaltungsbeirat sehr positiv aufgenommen wurde, sind einige Punkte noch in offener Diskussion. So ist die Anlieferung für den Einzelhandel problematisch, aus Lärmschutzgründen ist das nachts nicht möglich, über Tag würden aber die LKW die




Foto: Christoph Grünewald

Königstraße blockieren.

Ebenfalls noch offen ist die technische Bauweise, was nicht nur Auswirkungen auf die Energieeffizienz hat, sondern auch die Fassadengestaltung maßgeblich beeinflusst. Eines ist aber jetzt schon klar: der Entwurf bietet eine große Chance für die Belebung der Altstadt.

c.g.

Möbel für Anspruchsvolle



Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

<ul style="list-style-type: none"> Exklusiver Innenausbau Einbaumöbel Fenster und Türen Massivholzmöbel 	<ul style="list-style-type: none"> Küchen- und Badmöbel Schiebetürsysteme Restaurierung Sonderanfertigungen
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

EmsPhi- Es geht weiter!

Perspektive der Musikschule



Foto: Heinz Dornbusch

Nachdem klar wurde, dass Gregor Stewing zum Herbst dieses Jahres in den Ruhestand gehen wird, beschäftigte sich der Schul- und Kulturausschuss mit

der Frage, wie es weiter gehen soll. Klar ist, dass sich die Telgter Musikschule ohne Gregor Stewing, der sich so unglaublich in den letzten Jahrzehnten ein-

gebracht und die Musikschule wie kein anderer geprägt hat, verändern wird.

So setzten sich die Mitglieder des Ausschusses mit der Frage auseinander, die Stelle der Musikschulleitung neu auszuschreiben oder der Schule für Musik im Kreis Warendorf beizutreten. Herr Stewing und Herr Blüder (Leiter der Schule für Musik im Kreis WAF) stellten beide die Vor- und Nachteile der jeweiligen Optionen vor.

Dabei zeigte sich, dass beide Formen eine hohe Qualität des Unterrichts und der Darstellung bieten. Der Ausschuss hatte also wirklich eine Wahl.

Am Ende gab es eine Mehrheit für die Identifikation mit der eigenen Musikschule und die Ausschreibung für eine neue Musikschulleitung. Ein neues Gesicht im doppelten Sinn...

Im Anschluss daran wurde über die Konkret-

tisierung des Verfahrens zum Neubau des Hauses der Musik diskutiert. Allen beteiligten ist klar, dass dieser Schritt überfällig ist. Gemeinsam wurde sich über das weitere Vorgehen geeinigt. Diskrepanz gibt es weiterhin in der Frage, ob Grundstück und Gebäude im Besitz der Stadt bleiben soll - was eindeutig die Position der Grünen Fraktion ist - oder ob doch ein Investor den Bau übernimmt. s.g.

Wirtschaft braucht Wohnraum

Auch wenn an zahlreichen Stellen, z. B. in der Innenstadt, gebaut wird: Wohnraum ist Mangelware. Der Mietpreis hat bei Neubauten 12,50 €/m² erreicht. Grundstückspreise liegen im freien Bieterverfahren bei 500 €/m².

Wer soll das bezahlen? Gut, dass im geplanten Baugebiet Telgte-Süd ca. 30 Prozent der Wohnungen als sozial gefördert errichtet werden sollen. In dieser Situation hat sich das Unternehmen Hygi an die Telgter Ratsfraktionen gewandt. Warum? Etwa 40 bis 50 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wollen in Telgte dauerhaft wohnen, sind aber derzeit noch während der Woche in Ein-Zimmer-Apart-

ments oder Pensionen untergebracht.

Mitglieder von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Fraktion im Rat der Stadt Telgte, besuchten die Firma am 1. März 2022, um sich zu informieren und mit dem Unternehmenschef ins Gespräch zu kommen. Christian Bleser - zusammen mit seinem Bruder Daniel Eigentümer der Firma - ist ein rühriger Mensch. Er hat während seines Maschinenbau-Studiums bereits gearbeitet, sein Bruder während des Studiums der Wirtschaftsinformatik.

Die Umsätze stiegen von 600 000 € im Jahr 2004 über 13,4 Mio. in 2011 auf 106 Mio. im Jahre 2021, letztere vermutlich begünstigt durch die Corona-Krise.

Die haben die Mitarbeiter*innen bisher gut überstanden: Es gab keine innerbetrieblichen Infektionen. In jedem Raum befinden sich CO₂-Melder, die Frisch- und Abluft messen. Sie leuchten grün.

Angestellte, die als Aushilfen arbeiten, können ihre Arbeitszeiten weitgehend individuell bestimmen. Der Lohn liegt bereits jetzt bei 12 €/Stunde. Als im November 2021 sich das Omikron-Virus verbreitete, stieg der Verdienst auf 17,50 €, also 3.080 € im Monat. Anständig. Christian Bleser möchte Angestellte aus der vertraglichen Bindung an Zeitarbeitsfirmen lösen, die z. B. pro Person 350 €, 'Bet-

tengeld' sofort vom Lohn abziehen. Er ist bereit, in eine Wohnungsbaugesellschaft einzusteigen, die er nach seiner Vorstellung mit anderen Unternehmen, eventuell auch mit der Stadt, gründen könnte.

Mietzahlungen von Mitarbeitenden würde die Firma Hygi bezuschussen. Hört sich gut an. Es wäre gut, wenn diese unternehmerische Initiative dazu führte, dass mehr bezahlbarer Wohnraum in Telgte gebaut wird. Das Problem, dass dadurch keine neuen Grundstückskapazitäten entstehen, kann das Angebot freilich nicht lösen. Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Mehr Versiegelung durch weitere Besiedlung ist mit Blick auf

Klimaveränderungen kritisch zu sehen.

Die Frage nach der Möglichkeit einer Dachbegrünung der 32.000 m² Fläche, etwa viereinhalb Fußballfelder, die die Hallen des Unternehmens versiegelt haben, beantwortet er bereitwillig: Die ist aus Gründen der Statik nicht zu realisieren. Lavagestein sorgt dafür, dass die Wasserabgabe langsam erfolgt und eine Überschwemmungsgefahr nicht besteht. Das Dach ist nicht brennbar, so dass die Feuerwehr nicht zum Löschen anrücken muss. Das müsste sie im Falle einer Installation von Photovoltaik-Anlagen. Ein Dilemma, das schwer aufzulösen ist.

b.d.

ZWEIRAD **ROSS**

WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE

SCHÜRENSTR. 7-9 | SASSENBERG | 02583/1005

CO GO

mit **BOSCH** Cargo Line - 85 Nm



FS 200 - wendig und alltagstauglich
JETZT PROBEFAHREN

- Konfigurierbar in den Versionen Multi, Family und Family Comfort Plus
- Höchstes Ausstattungsniveau
- Einzigartiges Sicherheitskonzept
- Förderfähiges Lastenrad für Privatpersonen und Unternehmen

Ratssaal im Cyberspace

Auf grünen Antrag hin wurde im vergangenen Jahr 5.000 Euro in den Haushalt eingestellt, um im Ratssaal ein Videokonferenzsystem zu errichten.

Nach der Sommerpause 2021 war es dann so weit und die Anlage konnte für hybride Fraktionssitzungen genutzt werden. Bei einer hybriden Sitzung ist ein Teil der Teilnehmer:innen vor Ort, der andere Teil digital zugeschaltet. Durch eine Weitwinkelkamera sind die meisten vor Ort Anwesenden gut zu sehen und durch eine Kopplung an die Lautsprecheranlage des Ratssaales können auch die Tischmikrofone genutzt werden.

Die hybride Lösung soll auch - nach einem hof-

fentlich zeitnahen Ende der Pandemie - weiterhin punktuell zum Einsatz kommen. So kann es ermöglicht werden, dass auch Fraktionsmitglieder teilnehmen können, die Kinder betreuen müssen oder z.B. aus beruflichen Gründen nicht in Telgte sind. Die Videokonferenzanlage ist daher auch ein Schritt hin zu einer besseren Vereinbarkeit des Ehrenamts Kommunalpolitik mit Beruf und Familie.

Auf Landesebene befindet sich zusätzlich gerade eine Änderung der Gemeindeordnung auf dem Weg, die hybride Ausschuss- und Ratssitzungen ermöglichen soll, und zumindest für Referent:innen, die eine weite

Anreise haben, ist auch eine digitale Präsentation möglich. Vielleicht wird irgendwann einmal ja auch eine Ratssitzung digital übertragen.

m.h.

PÖGGSCAST

Der grüne Talk aus Telgte




poeeggscast.de

„Das Sterben der Anderen – Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können“

Die biologische Vielfalt ist in Gefahr. Für das Überleben der Menschen ist Biodiversität ebenso wichtig wie ein effektiver Klimaschutz, betonen Wissenschaftler vom Weltbiodiversitätsrat (IPBES). Dennoch haben wir das Artensterben längst nicht so auf dem Radar wie andere Krisen dieser Zeit. Die renommierte Journalistin Dr. Tanja Busse hat sich dem Thema angenommen und das viel beachtete Buch „Das Sterben der Anderen – Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können“ geschrieben. **Am Freitag, 29. April, um 20.00 Uhr** kommt sie für eine Lesung nach Telgte und nimmt uns mit zu den Tatorten, den Heiden und Mooren, den Magerasen und Feuchtgebieten.

Busse beschreibt, wie das sechste Massenaussterben der Weltgeschichte nach dem Verschwinden der Dinosaurier in vollem Gange ist. Die Geschwindigkeit der globalen Veränderungen der Natur in den vergangenen 50 Jahren ist beispiellos in der Geschichte der Menschheit. Es geht um die Widerstandsfähigkeit unserer Ökosysteme. Die Vorteile der Artenviel-



falt liegen auf der Hand: Ein Mischwald bietet beispielsweise Borkenkäfern nicht so viel Angriffsfläche wie ein monotoner Fichtenwald, den diese kleinen Insekten absterben lassen können. Dennoch gibt es immer noch zu wenig durchmischte Wälder wie auch zu wenig Landwirtschaft in vielfältiger Natur zwischen Hecken, gemähten und ungemähten Wiesen, Streuobstwiesen, Weiden und Ackerkultur mit Spielraum etwa für Wildkräutersäume.

Tanja Busse analysiert schonungslos die Situation und schlägt wirkungsvolle Gegenmaßnahmen vor. Ihren Weg schildert sie durchaus persönlich und emotional nachvollziehbar, dabei stets sachlich, profund recherchiert und geleitet durch die Begegnung mit zahlreichen Menschen, die auf ihrem Gebiet viel zu sagen haben.

„Das Sterben der Anderen – Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können“ von Tanja Busse, erschienen 2019, Blessing Verlag, 416 Seiten, ISBN: 978-3-89667-592-7
k.b

Schwanger + selbstständig = insolvent?

Reform des Mutterschutzes dringend nötig

„Kein Betrieb soll schließen müssen, weil die Chefin schwanger wird“, schreibt Astrid Hilt, Vorstandssprecherin von Handwerksgrün.

Im Rahmen des Weltfrauentags 2022 startete Handwerksgrün (Hand-

werksGrün) gemeinsam mit den Tischlermeisterinnen Johanna Röh (Alfhausen) und Maxime Krämer (Heidelberg) eine Petition, die einen gesetzlichen Mutterschutz für schwangere Handwerksmeisterinnen und einen wirksamen In-

solvenzschutz für die Betriebe erwirken soll. Diese Petition erzielte deutschlandweit ein großes Medienecho und wurde mit bisher über 51.000 Unterschriften zu einem Erfolg. Ursula Mindermann, Vorstandsmitglied von Hand-

werksgrün: „Immer mehr Frauen sind selbstständig im Handwerk tätig und eine Reform des Mutterschutzes ist dringend erforderlich. Wir bitten deshalb um Unterstützung für diese Petition, die Anfang Mai in Berlin dem Wirtschafts-

minister Robert Habeck übergeben wird.“



Petition unterschreiben

VON HIER AN ZUKUNFT.

UNSER PROGRAMM FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2022

Digitalisierung, Klimaschutz, eine vielfältige Gesellschaft – vieles in Nordrhein-Westfalen ist im Wandel. Unser Land und seine Menschen bringen alles mit, um die großen Herausforderungen unserer Zeit

erfolgreich anzugehen. Dafür braucht es eine Politik, die einen neuen politischen Aufbruch für NRW wagt. Wir GRÜNE treten mit dem Versprechen an, diesen Aufbruch, die Transformation in NRW, zum Er-

folg zu bringen. Denn wir wissen, dass Aufschieben und Nichtstun uns alle am Ende mehr kostet. Wir wollen raus aus dem Reparaturmodus und Vorsorge zum Leitprinzip unseres Handelns machen. Auf dem

Parteitag in Siegen haben rund 280 Delegierte das etwa hundert Seiten starke Wahlprogramm "Von hier an Zukunft" beraten und beschlossen sowie insgesamt 90 Plätze für die Landesliste bestimmt. An-

geführt wird die Liste von Spitzenkandidatin Mona Neubaur die von den Delegierten auf Listenplatz 1 gewählt wurde.

**AM 15. MAI
WÄHLEN
GEHEN!**

MONA NEUBAUR - SPITZENKANDIDATIN

„Ich will eine andere Politik für NRW – aber auch anders Politik machen. Unser Land – die Herzkammer von Industrie, von Mittelstand und Handwerk – verdient eine grüne Zukunft. Mit Visionen für morgen und Plänen für heute. Ich bin überzeugt, dass der Aufbruch hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft nur gelingt, wenn alle daran teilhaben und ihn mitgestalten können. Unsere Demokratie ist dann stark, wenn wir Solidarität leben, uns auf Augenhöhe begegnen und das schützen,



was uns zusammenhält. Ich bin unglaublich dankbar für die großartige Unterstützung meiner Partei. Die Wahl zur Spitzenkandidatin verbinde ich mit sehr großem Respekt vor der Aufgabe, aber auch mit unglaublicher Freude darauf, die Grünen in NRW in diese Landtagswahl zu führen. Diejenige zu sein, die sich begeistern lässt von dem Potenzial der Menschen in unserem Land, die unsere Ideen vermitteln darf und die darüber im besten Fall Begeisterung auslösen kann.“

KLIMA UND UMWELT



Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen

wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So schaffen wir Zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Wir setzen die Forderungen der Volksinitiative Artenvielfalt um, schaffen einen Nationalpark in der Senne und begrenzen den Flächenverbrauch zunächst auf

fünf Hektar pro Tag, um ihn bis 2035 auf netto null abzusenken. Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch konsequent angewandt werden. Deshalb stärken wir die Umweltverwaltung und den Kampf gegen Umweltkriminalität. Wir sorgen dafür, dass sich

der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen für Landwirt*innen lohnt und fördern mit einem Gesunde-Kantinen-Programm regionale und ökologische Ernährung

MOBILITÄT UND WIRTSCHAFT



Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und bezahlbar: mit einer Mobilitätsgarantie für Stadt und Land und einem bezahlbaren Ticket für ganz NRW. Wir bauen auf Grundlage eines

ehrgeizigen Radverkehrsgesetzes sichere Radwege überall in NRW aus. Den Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos beschleunigen wir deutlich.

Wir sichern die Zukunft Nordrhein-Westfalens als ein führendes Indust-

rieland in Europa – nicht obwohl, sondern weil wir klimaneutral wirtschaften: mit grünem Wasserstoff und grünem Stahl und einer Wirtschaft, die im Kreislauf denkt. Wir bringen schnelles Internet mit Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede

Haustür. Mit einer Fachkräfteoffensive stärken wir das Handwerk. Bei der Transformation streiten wir an der Seite der Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Mitbestimmung.

BILDUNG



Bringen wir unsere Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen endlich auf die Höhe der Zeit und machen wir sie zu den schönsten Orten des Landes! Dafür investieren wir in einen echten Bildungsaufbruch: in moderne Gebäude und

digitale Ausstattung; vor allem aber in gut ausgebildete Menschen, die im Bildungssystem arbeiten und mit vollem Einsatz die Kompetenzen vermitteln, die junge Menschen für ihre Zukunft brauchen. Wir bauen Kitaplätze und

die Ganztagsbetreuung für Grundschüler*innen aus. Auszubildende stärken wir mit günstigeren Azubitickets und indem wir die Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten verbessern. Wir verbessern die Bedingungen für Studium, For-

schung und Lehre und schaffen mehr Raum für große Ideen an unseren Hochschulen.

SOZIALES



Erneuern wir das Versprechen, dass es in Nordrhein-Westfalen gerecht zugeht! Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum in NRW und unterstützen die Kommunen, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik zu machen. Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt.

Doch es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei krank werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dafür verbessern wir die Gesundheitsversorgung in Stadt und Land, verbessern die

Arbeitsbedingungen in Gesundheit und Pflege und stärken die Gesundheitsämter. Wir streiten für faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne und sorgen dafür, dass öffentliche Aufträge an die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards geknüpft werden. Mit einem Altschul-

denfonds entlasten wir Kommunen von ihrer hohen Schuldenlast. Das schafft mehr finanzielle Spielräume vor Ort, damit unsere Kommunen lebenswerte Orte mit einer guten Infrastruktur bleiben.

DEMOKRATIE



Leben wir eine neue Kultur der Beteiligung und des Dialogs! Wir sind überzeugt, dass der Aufbruch hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft besser gelingt, wenn alle daran teilhaben und ihn mit-

gestalten können. Wir binden Bürger*innenräte in die Landespolitik ein, senken das Wahlalter und die Hürden für Mitbestimmung in der Landespolitik und starten eine Offensive für transparente und sau-

bere Politik. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir für Gleichstellung im Parlament und mit einem starken Antidiskriminierungsgesetz kämpfen wir für gleiche Chancen in unserer vielfältigen Gesellschaft.

Und wir investieren in Orte, an denen wir uns begegnen und Gemeinschaft leben können: in Schulen, Schwimmbäder, Jugendzentren und Kulturräume.

Wahlkampfauftakt des Kreisverbandes Warendorf und der Grünen in Telgte

Fotos: Markus Heller



von links: Wolfgang Pieper, Hedwig Tarner, Mona Neubaur, Katja Behrendt, Ali Bas



Hedwig Tarner, Direktkandidatin, Wahlkreis 86

Am 5. April gab sich der grüne Ortsverband die Ehre. Er durfte den Wahlkampfauftakt des Kreisverbandes zur Landtagswahl in Telgte ausrichten. Neben den üblichen Verdächtigen, der Co-Sprecherin des Ortsverbandes Katja Behrendt und unserem Bürgermeister Wolfgang Pieper, sprachen auch die grüne Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Mona Neubaur, die Direktkandidatin im Wahlkreis 86 – nördlicher Kreis Warendorf -, zu dem auch Telgte gehört, Hedwig Tarner, sowie der Kandidat des Südkreises, Ali Bas. Fast hundert Menschen folgten trotz des unbequemen Wetters der Einladung und sorgten für eine tolle Atmosphäre. Aber sehen Sie selbst...



Katja Behrendt Co-Sprecherin der Grünen Telgte



Mona Neubaur, Spitzenkandidatin der Grünen zur Landtagswahl



Ali Bas, Direktkandidat, Wahlkreis 87, Warendorf 2

Haushaltsrede 2022

Sabine Grohnert - Fraktionssprecherin der Grünen Ratsfraktion



Lieber Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer.

Als der Haushalt 2022 im Dezember vom Bürgermeister eingebracht wurde, dachten wir Corona wäre unser größtes Problem. Jetzt stehen wir ungläubig und fassungslos vor einer Realität, von der ich nie geglaubt hätte, dass es so etwas im 21. Jahrhundert noch gibt. Krieg in Europa! Das hat mich zutiefst erschüttert und auch hier sind die Folgen überhaupt noch nicht abzusehen oder einzuschätzen. Lassen sie uns trotzdem einen kurzen Blick auf den Haushalt 2022 werfen. Denn dieses ambitionierte Zahlenwerk beinhaltet genau das, was die Zukunft ausmacht. Wir investieren in den nächsten Jahren rund 40 Millionen Euro in die Zukunft der Schulen. Hier werden keine Traum- und Luftschlösser geplant und gebaut. In die Bildung unserer Kinder zu investieren, ist zwingend notwendig und richtig.

Genauso zwingend und notwendig ist es, in die Strategie zur Klimaneutralität zu investieren. Hier sind im Haushalt die richtigen Schritte eingeleitet und im Finanzausschuss zusätzliche Maßnahmen beschlossen worden. In der Diskussion wurde hier häufig auf die Kosten abgehoben.

Ja – Klimaschutz kostet Geld.

Aber wenn wir nicht bereit sind, hier die notwendigen Schritte zu gehen, sparen wir vielleicht hier und heute, aber die Zeche, die unsere Kinder zu zahlen haben, wird dann um ein wesentliches höher sein!

Ein weiteres fast unlösbares Thema ist bezahlbarer Wohnraum. Auch wenn das neue Baugebiet Telgte Süd in den Startlöchern steht, werden wir hier nur ein Bruchteil des Bedarfes an sozialem Wohnungsbau abdecken können. Die Zahl der Wohnungslosen steigt schon jetzt, anerkannte Flüchtlinge finden keinen eigenen Wohnraum, Wohnungen für Alleinstehende und Familien – Fehlanzeige! Hier eine gemeinsame Strategie mit den Nachbarkommunen und der Stadtregion zu entwickeln, ist der richtige Schritt in die richtige Richtung. Und dennoch - bei der anstehenden Regionalplanung sollten wir uns ganz genau überlegen, wo will Telgte hin, wie groß wollen wir werden?

Neue Bau – und Gewerbegebiete ausweisen und was dann ?

Dieser Haushalt enthält viele Unwägbarkeiten, viele Aufgaben, die wir erfüllen müssen, die noch nicht einmal enthalten sind.

Wir hatten und haben hoffentlich weiterhin das Glück, tolle Unternehmen in Telgte ansässig zu haben, die Ungeheures leisten und uns selbst in Zeiten von Corona bessere Steuereinnahmen generiert haben, als wir je zu hoffen gewagt haben.

Wir können uns nur gemeinsam auf den Weg machen, miteinander reden und ein gemeinsames Ziel definieren.

Gemeinsam für ein gerechtes Miteinander,
gemeinsam für den Klimaschutz,
gemeinsam für Bildung

Dieser Haushalt geht hier in die richtige Richtung
Wir stimmen dem Haushalt zu.



Haushalt 2022 auf den Weg gebracht

Unter etwas skurrilen Umständen wurde in Februar der diesjährige Haushalt verhandelt und im April im Rat einstimmig verabschiedet: Die Stadt hat, aufgrund der sehr guten Haushaltsabschlüsse in den vergangenen Jahren, ein Finanzpolster von ca. neun Millionen Euro und steht damit erst mal auf sicheren Füßen. Gleichwohl weist die mittlere Finanzplanung bereits für die Jahre 2024 und 2025 hohe Defizite aus, weil in den kommenden Jahren bis zu 20 Millionen Euro in die Schulen investiert werden muss, um den absehbar hohen Schülerzahlen gerecht zu werden. Die Rücklagen werden also bereits in den Jahren 22 und 23 verbraucht und die weiteren Baumaßnahmen führen zu Defiziten in 24 und 25, die nur knapp genehmigungsfähig sind und die Politik und Verwaltung entsprechend fest im Blick haben.

Eine weitere Wendung ergibt sich aber aus dem positiven Ergebnis für das vergangene Haushaltsjahr, das mindestens vier weitere Millionen in die Rücklage bringt. Diese Summe darf aber erst eingerechnet werden, wenn der Abschluss 2021 offiziell festgestellt und beschlossen ist, was erst im Spätsommer geschehen kann. Mit diesem Geld wird es dann voraussichtlich in 2024 überhaupt kein Defizit geben, weil die Rücklagen nach dem Abschluss 21 bis dahin reichen werden. Der Finanzausschuss kraxelte also mit viel Mühe um eine Falltür herum, von der er genau wusste, dass sie in Wirklichkeit gar nicht da

ist. Nun ja....hat geklappt!

Stadtkämmerer Stephan Herzig wurde natürlich pflichtgemäß nicht müde darauf hinzuweisen, dass auch in diesem Haushaltsjahr noch nicht absehbar ist, wie sich die Corona-Pandemie auf



Foto: Tatjana Scharfe

die Zahlen auswirken wird, dass es auch noch andere nicht vorhersehbare Risiken geben kann und mahnte zur Vorsicht. Und natürlich hat er wie immer Recht behalten: Mit einem Angriffskrieg auf die Ukraine hat niemand gerechnet. Die Stadt hat Aufwendungen zur Unterbringung der Geflohenen (die sie gerne aufbringt) und die Auswirkungen durch Sanktionen und mögliche Energieengpässe auf die Unternehmen in Telgte werden sich vermutlich auch auf die Einnahmen der Stadt auswirken.

Sanierung des Rathauses noch nicht eingepreist

Außer den Schulerweiterungen hat die Stadt noch eine weitere große Investition vor der Nase: Das Rathaus braucht nicht nur die Erneuerung einzelner Betonbausteine in den Balkonen um die Christoesken Sicherungsmaßnahmen gegen herabfallende Beton-

teile wieder loszuwerden, sondern eine komplette Sanierung. Nach fast vierzig Jahren entspricht es weder gültigen und vertretbaren Energiestandards, noch den Anforderungen an eine zeitgemäße Haustechnik, was unter anderem Installationen im IT-Bereich nur provisorisch ermöglicht. Das Rathaus muss also außen und innen unter Einhaltung des Denkmalschutzes kernsaniert werden. Die Planungen sind noch nicht sehr weit fortgeschritten aber erste Überlegungen des Architekturbüros Heupel aus Münster lassen Kosten von bis zu 14 Millionen Euro am Horizont aufziehen, die auch in der mittelfristigen Finanzplanung noch

nicht vorgesehen sind. Das wurde in der Sitzung des Finanzausschusses auch kritisch gesehen. Der Grund ist aber, dass die Summe nicht über mehrere Jahre verteilt werden kann, denn das Vorhaben lässt sich nicht in einzelne Bauabschnitte aufteilen

und muss in möglichst kurzer Zeit durchgezogen werden, weil die Verwaltung mindestens zu einem großen Teil oder ganz für die Bauzeit wird ausziehen müssen. Also viel Aufwand in kurzer Zeit und es noch nicht absehbar, wann die Kapazitäten, auch für die Planung, erreicht werden können.

Aber es steckt auch eine wichtige Aussage der Fraktionen und der Verwaltung darin: Die Schulen sind wichtiger als das Rathaus!

Raestruper Gemeindehaus einen halben Schritt weiter

Eine längere Beratung brauchte der Antrag des „Raestruper Gemeinde-

haus e. V.“ auf eine höhere Beteiligung der Stadt an dem neben der Kraftfahrerkapelle geplanten Gebäude, das dem öffentlichen Leben in Raestrup dienen, ausdrücklich aber auch für Veranstaltungen anderer Gruppen aus Telgte oder etwa für private Feiern gegen Nutzungsgebühr zur Verfügung stehen soll.

Festgelegt war bereits ein Zuschuss von 65.000 Euro, der jetzt auf 300.000 Euro erhöht werden sollte, um die verbleibende Finanzierungslücke zu schließen. Das ist natürlich schwierig, wenn man/frau dabei ist, den Haushalt in trockene Tücher zu bringen, ohne dass irgendwo eine Naht platzt und an anderer Stelle fehlt das Geld dann ja auch. Eine Rolle spielt bei dem ganzen Vorgang auch der Gedanke, dass das Projekt in der Größe sehr viel Kraft in Raestrup dauerhaft bindet und auch im Betrieb kein Selbstläufer sein wird. Diese Entscheidung muss aber in Raestrup getroffen werden und nicht im Finanzausschuss.

FDP, SPD und Grüne einigten sich darauf, in den Jahren 22, 23 und 24 jeweils weitere 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen, dem stimmte auch die CDU schließlich zu. Damit ist dann niemand wirklich zufrieden, was auch als eine typische Eigenschaft für einen guten Kompromiss betrachtet werden kann.

Was wurde aus den Anträgen der grünen Fraktion?

Bürgerhaus GmbH in die Wirtschaftsbetriebe einfügen

Hintergrund ist, dass die Bürgerhaus GmbH, das Bürgerhaus also, jedes Jahr aus dem Haushalt mit 200.000 Euro unterstützt werden muss. Die Wirtschaftsbetriebe schreiben jährlich Gewinne in vergleichbarer Höhe, für die bei einer Überführung in den städtischen Haushalt 25 Prozent Kapitalertragssteuer gezahlt werden müssen, was deshalb nicht passiert. Das Geld landet in der Rücklage der Wirtschaftsbetriebe, für die bisher keine Verwendung vorgesehen ist. Wenn das Bürgerhaus in die Wirtschaftsbetriebe eingegliedert wird, können die Verluste intern ausgeglichen werden und der städtische Haushalt wird dauerhaft um 200.000 Euro pro Jahr entlastet.

Der Antrag wurde in der Sitzung modifiziert und als Prüfauftrag an die Verwaltung angenommen. Die Entscheidung soll gefällt werden, wenn alle Fragen geklärt sind.

PRÜFAUFTRAG

Videoüberwachung streichen

Die grüne Fraktion steht dem weiteren Ausbau der Videoüberwachungen kritisch. Aus grundsätzlichen Überlegungen zur Überwachung des öffentlichen Raumes, weil nach Erkenntnislage Zerstörungen durch Überwachungsanlagen eher verlagert als

verhindert werden und auch weil rechtliche Bedenken bestehen. 30.000 Euro zu sparen ist nicht der Grund für den Antrag, sie können aber gut woanders verwendet werden, wenn man/frau die Maßnahme sowieso ablehnt.

Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

ABGELEHNT

Zusätzliche 40.000 Euro für den Klimaschutz

Die Haushaltsposition „Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung“ soll von 60.000 Euro auf 100.000 Euro aufgestockt werden, weil durch den Regierungswechsel in Berlin und hoffentlich auch in Düsseldorf sehr viel Bewegung im Klimaschutz entsteht und die Stadt auch unterjährig schnell auf Förderangebote reagieren können soll. Da Förderangebote immer mit Selbstbeteiligung verbunden ist, muss dafür auch Geld zur Verfügung stehen. Alles was nicht ausgegeben wird, ist ja nicht weg, sondern verbessert am Ende das Jahresergebnis.

Angenommen mit den Stimmen von FDP und Grünen.

ANGENOMMEN

Ergänzung der Mittel für ein „Energetisches Quartierskonzept Emsesch“

Der Klimaausschuss

hatte einstimmig beschlossen, einen Förderantrag für die Erstellung eines energetischen Quartierskonzeptes für den Emsesch zu stellen. Der Eigenanteil beträgt ca. 17.000 Euro, von denen bisher nur 12.000 im Haushalt standen. Der Antrag will die fehlenden 5.000 Euro ergänzen.

Der Antrag wurde bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

ANGENOMMEN

Energiemesse Telgte 2022

Der Antrag wollte 15.000 Euro in den Haushalt einstellen, mit denen eine Energiemesse in Telgte durchgeführt werden soll. Regionalen Anbieter*innen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Produkte und Leistungen vorzustellen, Interessierte aus Telgte sollen sich niederschwellig und ohne weite Anfahrtswege informieren können. Das ist Wirtschaftsförderung und Klimaschutz gleichzeitig.

Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen gemeinsam abgelehnt.

ABGELEHNT

Fördertopf zur Entsiegelung und Begrünung privater Flächen

Der Antrag wollte ein Fördertopf einrichten, durch den Besitzer*innen versiegelter Flächen, die als solche nicht mehr

gebraucht werden (die Flächen, nicht die Besitzer*innen) einen Anreiz bekommen, diese Flächen zum Vorteil der Grundwasserbildung und des Artenschutzes zu entsiegeln und zu begrünen.

Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

ABGELEHNT

Fortsetzung des Förderprogramms für Lastenräder

Der Fördertopf für Lastenräder wurde in 2021 (oder kurz danach) vollständig ausgeschöpft, war also erfolgreich und sollte durch den Antrag wieder aufgefüllt werden. Nach den Zahlen der Verwaltung hatten die 20.000 Euro der Förderung weitere 80.000 Euro privater Investitionen ausgelöst.

SPD und Grüne einigten sich auf 15.000 Euro und beschlossen diese gemeinsam.

ANGENOMMEN

Klimastrategien für Telgter Unternehmen

Um die Klimaneutralität zu erreichen muss Telgte alle Sektoren in den Blick nehmen und ein wesentlicher Faktor sind die Telgter Unternehmen. Der Antrag wollte mit 40.000 Euro einen ersten Fördertopf bilden, der diese Unternehmen bei der Erstellung von Strategien auf dem Weg zur Klima-

neutralität unterstützt. Für viele wird dieser Weg nicht einfach sein und wenn sie die Aufgaben frühzeitig ermitteln, können sie diese auch planen und passend umsetzen. Sie erleben keine Überraschungen und müssen nicht ganz viel auf einmal machen. In diesem Sinne ist das nicht nur Klimaschutz, sondern auch Wirtschaftshilfe.

Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

ABGELEHNT

Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen unterstützen.

Der Antrag wollte in 2022 4.200 Euro und in den Folgejahren je 10.000 Euro zu Verfügung stellen, damit die Stadt einen Beitrag leisten kann, dem Fachkräftemangel in Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen zu begegnen. Mit dem Geld soll ein zusätzlicher Ausbildungsplatz in einer der Telgter Einrichtungen größtenteils finanziert werden.

Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

g.k.

ABGELEHNT

Frischlucht für Schulen und Kindergärten



Foto: Bernhard Drestomark

Im Laufe des letzten Jahres wurde in der Telgter Elternschaft wie auch im Rat der Stadt Telgte darüber diskutiert, wie das Risiko, sich mit dem Corona-Virus zu infizieren, an Schulen und in Kindertagesstätten reduziert werden könne. Regelmäßige Stoßlüftungen - Sie werden sich erinnern, liebe Leserinnen

und Leser - können die Verbreitung der Aerosole und damit die Viruslast in Innenräumen mindern.

Was aber - wie in etwa 60 Räumen in Schulen und städtischen Kindertagesstätten ein solches Lüften nicht möglich ist, spricht sich dort Fenster nur auf Kippstellung öffnen lassen oder ein Durchzug aus an-

deren Gründen nicht möglich ist? Klimaanlage und Luftungsfilter wurden auf ihre Wirksamkeit untersucht. Letztere schieden aus den Investitionsüberlegungen aus, da sie verbrauchte Luft zwar einsaugen, aber nicht wirksam abführen. Am wirksamsten sind zentrale Klimaanlage für ein ganzes Gebäude,

deren Installation in Bestandsgebäude aber nur mit riesigem baulichen und finanziellen Aufwand zu realisieren wäre.

So begaben sich Mitglieder des Rates und Mitarbeiter*innen aus dem Bauamt am 26. November 2021 in die Akademie des Schornsteinfegerhandwerks, ein Kompetenzzentrum für Lüftung und Hygiene nach Dülmen, um dezentrale Lüftungsanlagen in Augenschein zu nehmen.

Herr Linnemann, beratender Ingenieur für solche Anlagen, erklärte deren Funktionsweise. Sie sind nachträglich z. B. in Klassenräumen, zu installieren, beanspruchen die Größe eines Schanks von etwa 1,2 m Breite, 2 m Höhe, 50 cm Tiefe. An der Decke

montierte Kunststoffrohre leiten die frische Luft in den Raum; verbrauchte Luft wird abgesaugt und nach draußen geleitet. Eine Lärmkulissee ist kaum wahrnehmbar. Kosten: Ca. 45.000 € pro Anlage ca. 1,725 Millionen € gesamt. Da das Land Zuschüsse in Höhe von 80 % der Investition übernimmt, sind die Kosten von etwa 345 000 €, die vom Haushalt der Stadt zu tragen sind, finanzierbar. Auch wenn sich Genaueres erst mit den Ergebnissen der derzeit laufenden Ausschreibungen ergibt und Maurer-, Glaser- und eventuell Tischlerarbeiten zusätzlich anfallen, ist das gut angelegtes Geld.

b.d.

Speisekammer für Vadrup

Mit einer Sondersitzung des Bauausschusses und der daran anschließenden Sitzung des Rates am 07.04.2022 wurden weitere wichtige Schritte für den in Westbevern-Vadrup geplanten Nahversorger getan. Satzungsbeschlüsse für Flächennutzungsplan und Bebauungsplan machten nun den Weg zur Baugenehmigung frei. Es wird in der Geschichte des Rates der Stadt Telgte nicht viele Projekte geben, die mit

so großer Einigkeit und Engagement aus Bürgerschaft und Rat vorangetrieben wurden. Das Ziel in Westbevern-Vadrup wieder einen Nahversorger zu haben, ist in greifbarer Nähe. Aus Investorenkreisen ist jedenfalls zu Vernehmen, dass die Verhandlungen mit Betreiber(-ehepaar) und Lieferanten (EDEKA) ebenfalls vor dem Abschluss stehen.

m.b.

Rückenwind für die Windkraft

Im letzten Planungsausschuss, am 15.03.2022, gelang endlich ein Durchbruch für die Windkraftnutzung in Telgte.

Nachdem die Grünen seit Jahren mit Anträgen versucht haben, zusätzliche Windräder (WKA) auf Telgter Gebiet möglich zu machen, hat der Planungsausschuss nun einstimmig beschlossen, den aktuellen Flächennutzungsplan für den Teilbereich Windkraftnutzung aufzuheben. Das war deshalb notwendig, weil die Windkraft auf zwei Teilbereiche in der Stadt begrenzt und eine Höhenbegrenzung auf 100 m festgeschrieben war.

Ein juristisches Gutachten kam zu dem Schluss, dass beide Festsetzungen rechtlich nicht mehr

haltbar sind. Ein weiteres Gutachten zur möglichen räumlichen Verteilung untermauerte die Einschätzung der Grünen in Telgte, dass nur wenige Standorte auf unserem Stadtgebiet möglich sind. Das Klimakonzept der Stadt beschreibt, dass mindestens noch 4 WKA in Telgte notwendig sind, um bis 2040 klimaneutral zu werden.

Mit der Aufhebung der aktuellen Konzentrationszonen für WKAs ist eine umfassende Bürgerbeteiligung verbunden. Uns Grüne ist bewusst, dass Anwohner, die in der Nähe von zukünftigen WKAs wohnen, nicht begeistert sind. Umso wichtiger ist es, dass unser Bürgermeister Wolfgang Pieper eine In-

formationskampagne und Diskussion zugesagt hat, mit der Zielsetzung, für die neuen zusätzlichen WKAs eine breite Beteiligung der Nachbarn und Bürger zu erreichen.

Ohne weitere WKAs werden wir in Telgte unsere Klimaziele nicht erreichen und werden auch die so schmerzlich erlittene Abhängigkeit von russischen Energielieferungen nicht ablösen können. Jetzt ist Zeit zu handeln.

u.w.



Meinung

Wohin maschirt die Bundeswehr?

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat vieles verändert und ist auch ein Schlag ins Gesicht der Politikerinnen und Politiker, die sich für Entspannung stark gemacht haben. Aber auch wenn diese Politik jetzt gescheitert ist, muss sie nicht als Fehler angesehen werden. Entspannung braucht Vertrauensvorschuss und die Tatsache, dass das Vertrauen von einer Seite zerstört wurde, bedeutet nicht, dass es falsch war, diesen Vorschuss zu gewähren. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen und Ab-

hängigkeiten sind kein Fehler gewesen, denn nur durch Verflechtungen kann Entspannung funktionieren.

Die Situation hat sich geändert und wir müssen darauf reagieren. Die Bundeswehr rückt in den Fokus und hier gilt dasselbe: Alle beklagen den schlechten Zustand der Truppe. Aber ist es denn verkehrt, wenn eine Armee in fast 80 Jahren Frieden schrumpft? Ist das nicht die logische Konsequenz?

Nach diesem Angriff dürfen wir nicht mehr darauf vertrauen, dass Herr

Putin nicht doch auf die Idee kommt, ein Nato-Land anzugreifen.

Also müssen wir verteidigungsbereit sein. Sind wir aber nicht. Kanzler Scholz hat schon mal einen Aufschlag gemacht. 100 Milliarden Sondervermögen! Das hat zu Diskussionen geführt, ist aber in Wirklichkeit nur die Aussage, Geld ausgeben zu wollen. Wie die Kiste heißt, in der das Geld auf den Tisch gestellt wird, ist völlig egal. Wichtiger ist die Frage, für welche Aufgaben wir die Bundeswehr damit ausrüsten wollen. Vertei-

digungsministerin Lambrecht hat den Vorschlag gemacht, F-35-Bomber zu kaufen. Auch mit dem Argument, dass sie Atombomben in Ziele tragen können. Das, liebe Frau Lambrecht, ist wirklich das Letzte, was wir brauchen.

Deutschland muss gründlich überlegen, wie es seinen Sonderweg sinnvoll, verantwortungsbewusst und der neuen Situation gerecht fortentwickeln und unser Land und das Natogebiet sichern kann, ohne Öl ins Feuer zu gießen. Das kann eine gut ausgerüstete und mobile

Verteidigungsarmee, die mit hoher Zuverlässigkeit alles abfängt, was uns angreift. Was wir nicht brauchen, sind Angriffswaffen, die einem potenziellen Gegner nur einen Grund zur weiteren Aufrüstung geben, die einer alten und falschen Doktrin folgen, die überwunden werden muss.

Auch nach 80 Jahren sollte Deutschland die Lehren aus seiner Geschichte nicht einfach beiseiteschieben. Wir sind diejenigen, die dieses Wissen haben. Wir können es nutzen g.k.

Wir sind Klimabündnis

Auf Initiative der Grünen hat der Rat der Stadt Telgte beschlossen, Mitglied im Klimabündnis der europäischen Städte und Gemeinden zu werden. Die Grünen haben die 11 Gründe überzeugt, die das Klimabündnis für eine Mitgliedschaft anführt:

1. „Holen Sie sich Ratschläge zu Ihren lokalen Klimaschutzstrategien.

2. Profitieren Sie von der Europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses und unseren Nationalkoordinationen.

3. Nutzen Sie Instrumente und Methoden, die Ihre Klimaschutzstrategien unterstützen.

4. Lassen Sie sich durch die Erfahrung anderer Städte und Gemeinden anregen.

5. Finden Sie Partner in ganz Europa und darüber hinaus für die Planung und Umsetzung Ihrer Strategien.

6. Besuchen Sie Konferenzen, Seminare und andere Veranstaltungen und nutzen Sie sie zum Erfahrungsaustausch und zur Wissenserweiterung.

7. Bleiben Sie auf dem Laufenden mit Klima-Bündnis-News und Publikationen.

8. Stärken Sie Ihr Klimaschutzprofil sowohl regional als auch international durch die weitere Verbreitung Ihrer Erfolgsgeschichten.

9. Nehmen Sie teil an Klima-Bündnis-Kampagnen, die Ihre Bürger*innen vor Ort an Klimaschutzmaßnahmen beteiligt.

10. Finden Sie Finanzierungsmöglichkeiten und Partner für Ihre Projekte.

11. Verschaffen Sie Ihrer Stimme bei EU-Entscheidungen Gehör durch Rückmeldungen, Statements und Resolutionen.“



Bereits viele Städte und Gemeinden in NRW sind Mitglied im europäischen Klimabündnis, so u.a. Münster und Ostbevern. Mit der Mitgliedschaft in dem Netzwerk wollen wir die Ideen und Maßnahmen anderer Mitgliedskommunen auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt nutzen und unterstützen damit insbesondere die Arbeit des Telgter Klimamanagers.

u.w

Jetzt plant die Stadt!

Eine Perspektive für die Radfahrer im Dorf?

Die Situation ist bekannt: Der Verkehr auf der Grevener Straße im Dorf, insbesondere die vielen LKW sind eine ständige Gefahr für alle, die sich mit dem Rad durch das Dorf bewegen.

Seit Jahren versuchen Stadt und Westbeverner BürgerInnen, hier für mehr Sicherheit zu sorgen. Nun ist leider die Grevener Straße eine Landesstraße, sodass hier nicht die Stadt, sondern der Landesbetrieb Straßen NRW das Sagen hat. Von dort kam bislang wenig Hilfreiches.

Eine Unterschriftenaktion mit mehr als 1200 Unterschriften an den damaligen Verkehrsminister Wüst brachte eben so wenig Erfolg wie die Planungsidee der Stadt, auf der Straße einen Angebotsstreifen für Fahrräder zu markieren. Die Straße



(K) ein Platz für Radler*innen
Foto: Christoph Grünewald

sei nicht breit genug, so der Landesbetrieb. Schließlich sei die Straße für die Autos da...

Dabei hätte das nicht nur den Radfahrern Raum verschafft, sondern auch die Autofahrer gezwungen, etwas langsamer zu

fahren. Immerhin hat der Landesbetrieb zugestimmt, dass jetzt die Stadt die Planungen übernimmt, und würde diese sogar auch bezahlen.

Der Gedanke ist, auf der gesamten Strecke im Dorf einen gemeinsamen

Fuß- und Radweg auf dem Hochbord zu schaffen. Dafür ist der bestehende Bürgersteig aber an vielen Stellen nicht breit genug. Dort müssten Anlieger sich bereit erklären, einen schmalen Streifen ihres Grundstücks zur Verfü-

gung zu stellen.

Schön wäre, wenn die betroffenen Anlieger sich dem nicht verschließen würden und konstruktiv an den Planungen teilhaben würden. Hier ist Solidarität gefragt, sicher im Einzelfall nicht einfach, aber nur wenn alle mitziehen, kann das Vorhaben gelingen.

Das Grundproblem ist damit nicht aus der Welt: nur wenn der Schwerlastverkehr aus dem Dorf verschwindet, kann sich die Situation im Dorf entschärfen. Bislang wird hier auf eine neue Verkehrszählung des Ministeriums verwiesen, die im Herbst 2023(!) vorliegen soll. Aber davor sind ja erst einmal Wahlen...

c.g.

Mobile Drogenberatung gesichert

In der Sitzung des Ausschusses für Generationen und Soziales Anfang November des vergangenen Jahres einigten sich die VertreterInnen aller Fraktionen einstimmig auf eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Mobile Drogenberatung.

Im Herbst 2017 nahmen die Mitarbeiter des DroBS-Mobils ihre Arbeit auch in Telgte auf, nachdem es erfolgreiche Angebote dieser Art in Städten wie Oelde, Ennigerloh, Warendorf und Freckenhorst schon längere Zeit gab.

In den letzten Jahren finanzierte sich dieses wichtige Hilfsangebot

zur Hälfte aus Mitteln des Vereins zur Förderung der Bewährungshilfe und der Prävention im Amtsgerichtsbezirk Warendorf e.V. Da diese Finanzierung ab 2022 nicht mehr zur Verfügung steht, übernimmt die Stadt Telgte, die bisher die fehlende Finanzierung trug, in 2022 und 2023 den gesamten Betrag von jährlich 6968,- € (entstehende Kosten laut Kalkulation des durchführenden Vereins).

Die langjährig erfahrenen Mitarbeiter des Arbeitskreises Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e.V. sind damit weiterhin mit der Durchführung folgender Aufga-

ben beauftragt:

- Allgemeines Gesprächsangebot
- Stoffliche und nicht-stoffliche Beratung und Information
- Vermittlung von Konsumenten in adäquate Hilfen
- Psychosoziale Begleitung bei Substitutionsbehandlungen
- Unterstützung bei Problemen mit Behörden und anderen Einrichtungen
- Kostenloser Spritzentausch und Kondomabgabe
- Ausgabe von Informationsmaterial

Das Angebot soll zukünftig noch um kostenlose HIV Schnelltests sowie Hepatitis-Schnelltests er-

weitert werden. Im Jahr 2020 gab es 19 dokumentierte anonyme Klient*innenkontakte. 385 Spritzen wurden angenommen und 345 Spritzen abgegeben.

Durch die Pandemie gab es auch hier eine fast viermonatige Unterbrechung der Beratungsangebote. 2021 war zudem auffällig, dass erheblich mehr

Spritzen angenommen und ausgegeben wurden. (z.B. 937 Spritzen angenommen, 1010 Spritzen abgegeben) Auf Nachfrage erläuterte der Sozialarbeiter Herr Bigalke, dass er vermehrt auch Angehörige bzw. Eltern Betroffener berät und in ihrer Situation unterstützen konnte.

t.s.



mindermann
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl.-Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04 - 50 50 · Fax - 50 60
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de

Rettet unsere Kinder!

Wir fordern entlastende Bedingungen für Kinder und Jugendliche

Ende Februar hatte sich die Grüne Fraktion in Telgte erneut intensiv und in Teilen durchaus kontrovers mit den Folgen für Kinder und Jugendliche durch die Corona-Pandemie beschäftigt und dazu einen Forderungskatalog verabschiedet. Auch wenn dieser inzwischen durch landes- und bundespolitische Entscheidungen teilweise erfüllt ist, vermissen wir hier immer wieder die Rückendeckung der überregionalen grünen Politik.

„Wir sind davon überzeugt, dass Kinder- und Jugendliche schnellstmöglich und vorrangig die Rückkehr zu einem normalen Alltag benötigen. Daher müssen für sie andere Regelungen gelten als für Erwachsene, zumal sie kaum Gefahr laufen, schwer an einer Covid-19 Infektion zu erkranken“, so Ratsmitglied Rebecca White. Die Grüne Fraktion in Telgte befürwortete daher unter anderem die schrittweise Abschaffung der Maskenpflicht und anlassloser Tes-

tungen bei symptomfreien Minderjährigen. Eine Unterscheidung von geimpften und ungeimpften Kindern und Jugendlichen sollte es in Kita, Schule und Freizeit genauso wenig geben wie bei den Quarantäne-Regelungen.

„Was Familien jetzt brauchen, sind niederschwellige und professionelle Unterstützungsangebote. Außerdem muss es den Schulen jetzt ausdrücklich erlaubt sein, statt Leistungsorientierung, Zeit zu haben für gemeinschaftliche Aktivitäten wie Klassenfahrten und Ausflüge“, so Fraktionssprecherin Sabine Grohnert. Nach zwei Jahren Pandemie wird immer deutlicher, dass die größten Schäden, die diese Altersgruppe davonträgt, vor allem durch die einschränkenden Maßnahmen, die Reduktion von Sozialkontakten und einen belastenden Alltag, häufig mit Quarantäneerfahrungen, hervorgerufen werden. Ängste und ein dauerndes Bedrohungsszenario verun-

sichern sie (und ihre Eltern) und nehmen ihnen Mut, Unabhängigkeit und viele Entwicklungsmöglichkeiten. Einer aktuellen Studie zufolge weisen fast ein Drittel aller Kinder psychische Auffälligkeiten auf. Das sind zehn Prozent mehr als vor der Pandemie! Es sind besonders die Kinder betroffen, die ohnehin schon benachteiligt sind. Wir möchten eine andere Verhältnismäßigkeit von Einschränkungen für Kinder und Jugendliche im Vergleich zu Erwachsenen. „Auch die Kinder- und Jugendärzte betonen, dass diese Altersgruppe in Bezug auf eine Covid-19-Erkrankung viel weniger gefährdet ist als Ältere. Dementsprechend sollten sie auch weniger in ihrem Alltag beeinträchtigt werden“, so White. Um Ängste zu nehmen, ist eine differenzierte Kommunikation notwendig. Dazu gehört beispielsweise auch, dass die äußerst geringe Anzahl von Kindern, die aufgrund von Covid-19 in

Krankenhäusern behandelt werden, auch regelmäßig veröffentlicht wird. Bisher beinhaltet diese ohnehin geringe Zahl auch diejenigen Kinder, die aufgrund anderer Erkrankungen ins Krankenhaus aufgenommen werden, jedoch Corona positiv getestet sind. Diesem Wunsch nach einer differenzierten Darstellung dieser Fakten haben sich bisher der Kreis Warendorf und das Land nicht geöffnet. Mit Veröffentlichung dieses Pöggskén werden statistisch gesehen übrigens fast 50% aller 5-14 Jährigen Kinder in NRW durch eine Infektion mit dem Virus immunisiert sein. Mit dem Auslaufen des Infektionsschutzgesetzes und dem Ende der Maskenpflicht an Schulen wird der Blick auf die praktische Umsetzung der Kinderrechte noch wichtiger:

Zwei Jahre lang gab es keine Diskussion, dass die im demokratischen Prozess entstandenen Regelungen auch durch die Kinder und Jugendlichen einzuhalten

sind. Wenn andere Entscheidungen fallen, müssen diese genauso Geltung haben. Sie dürfen nicht durch die eigene Meinungen von Erwachsenen oder aus einer besonderen Machtposition heraus, z.B. als Lehrer:in ausgesetzt werden. „Was sollen wir denn machen?“ fragen sich die Kinder dann hilflos. Junge Menschen brauchen doch gerade jetzt die Erfahrung, dass – egal wie man die Regelungen persönlich bewertet – demokratisch entstandene Gesetze Relevanz haben. Kindern und Jugendlichen immer noch eine moralische Verantwortung für die Gesundheit anderer aufzubürden, ist in der jetzigen Situation, in der zudem viele Möglichkeiten des Selbstschutzes bestehen, unsachlich und nicht akzeptabel.

Das ausführliche Positionspapier ist unter www.gruene-telgte.de zu finden.
k.m., r.w.

Raestrup ist Ortsteil

In seiner Sitzung am 7. April hat der Rat die Innenbereichssatzung für Raestrup beschlossen. Das bedeutet, dass Raestrup jetzt – wie der Name der Satzung es auch sagt – Innenbereich und nicht mehr Außenbereich ist. Damit hat Raestrup jetzt den Status eines Ortsteiles von Telgte.

Abgesehen von dem Gläschen Schaumwein, den man/frau gut und



Foto: Pöggskénredaktion

gerne darauf trinken kann, ist jetzt eine maßvolle Entwicklung möglich. Der Satzungsbereich umfasst den geschlossenen bebauten Teil nördlich der Bundesstraße und südlich derselben den Teil östlich der Straße nach Everswinkel. Dadurch kann auf den vorhandenen Baulücken mit einem einfachen Bauantrag Baurecht geschaffen werden.

g. k.

TANJA BUSSE

Das Sterben der Anderen

Wie wir die biologische Vielfalt
noch retten können

Am Freitag, 29. April, um 20.00 Uhr

Im Alten Gasthof Seiling,
Markt 6, 48291 Telgte

Lesung mit anschließender Diskussion



Bedeutung und Zukunft der Historischen Altstadt

Große Resonanz beim Altstadtsymposium

Mehr als 100 Telgter*innen kamen am 02. Februar 2022 zum Symposium „Bedeutung und Zukunft der Historischen Altstadt Telgtes“ ins Bürgerhaus, von der Stadt zum zweiten Mal nach 2013 veranstaltet.

Besonders bemerkenswert: Nicht nur Fachleute und Politiker*innen erschienen, sondern auch eine große Zahl Telgter Bürger zeigte lebhaftes Interesse. Sechs spannende Vorträge beleuchteten das Thema und wurden lebhaft diskutiert. Den Anfang machte Dr. Fred Kaspar, wohl einer der besten Kenner der Bausubstanz in der Altstadt und fragte: „Telgter Altstadt – Was ist das und welche Zukunft soll sie haben?“.

In einem Parforceritt durch die Jahrhunderte erläuterte er die Entwicklung der Stadt bis zur heutigen Situation und stellte fest, dass es zwar immer Veränderungen und Entwicklungen gegeben habe und auch weiterhin geben müsse, aber dass sich diese Veränderungen zunehmend beschleunigten. So wurden von 1945 bis 2020

insgesamt 140 Bauten in der Altstadt, vom Adelssitz bis zur Scheune, abgebrochen. Immer mehr wird bei Neubauten versucht, jede Möglichkeit auszunutzen, so viel m² Wohnfläche wie eben möglich

so wichtig ist.

Die Aufgaben der Altstadt als Wohn- und Lebensort waren Thema von Prof. Christa Reicher (RWTH Aachen). Dabei ging es vor allem um Wahrung von Tradition bei Anpassung

wicklung in der Altstadt: Erhaltungssatzung, Gestaltungssatzung, Denkmalsatzung und Denkmalpflegeplan. Jeweils aus anderen Blickwinkeln erlauben sie, dass der Erhalt von Objekten

Meyer vom NRW-Heimatministerium.

Dagmar Grote erläuterte die Aufgaben des Gestaltungsbeirats, in dem Fachleute und Vertreter der Fraktionen die Stadt und Vorhabenträger bei Planungen und Projekten beraten; eine Entscheidungskompetenz haben sie aber nicht.

Zum Abschluss zeigte Bürgermeister Wolfgang Pieper, welche Rolle die Freiräume in der Altstadt haben. Dabei ging es vor allem um die ‚Gute Stube‘ Telgtes mit Markt und Kapellenstraße, die viel zur Lebens- und Aufenthaltsqualität beitragen.

Einig waren sich alle Vortragenden in dem Ziel „Erhalten – Bewahren – Gestalten“. Dabei kommt es darauf an zu wissen, was man will, planvoll vorzugehen, Strategien zu entwickeln und nicht alles dem freien Spiel der Kräfte und Interessen zu überlassen. Eine Altstadt darf kein Museum sein, sie darf aber auch ihren einzigartigen Charakter nicht verlieren.

c.g.



Foto: Christoph Grünewald

zu bauen. Dabei werden oft Maßstäbe überschritten: Die Neubauten bedrängen den Altbestand, verärgern die Nachbarn, weil sie deren Aussichten beschneiden und beschädigen das Stadtbild, das für Telgte als Touristenmagnet

an die Gegebenheiten und die Rolle der Altstadt als identitätsbildender Faktor für die Bürger.

Dr. Nina Overhageböck von der LWL-Denkmalpflege erläuterte die gesetzlichen Instrumente zur Steuerung der Ent-

wicklungen und Strukturen ebenso Berücksichtigung findet wie Modernisierungserfordernisse. Es ist dringend an der Zeit (und geplant) dies anzugehen.

Um Förderprogramme für die Altstadt ging es im Vortrag von Christian

Gewerbegebiete? Nur noch ökologisch!

Telgte hat sich in den vergangenen Jahrzehnten unter anderem auch zu einem beliebten und florierenden Wirtschaftsstandort entwickelt. Das bringt mit Bezug auf die Entwicklung von Gewerbeflächen auch einen fortschreitenden Flächenverbrauch im Außenbereich der Stadt mit sich.

Aktuell stehen nach den beiden kurz aufeinander erfolgten Erweiterungen des Gewerbegebietes im Kiebitzpohl keine weiteren Gewerbeflächen mehr zur Verfügung. Die Verwaltung plant deshalb die nächste Erweiterung.

Die Ratsfraktion der Grünen sieht diese Entwicklung sehr kritisch. Einerseits sieht sie auch Telgte in der Pflicht - global denken, lokal handeln -, dem von Naturschutzverbänden sowie allen politischen Ebenen als problematisch erkannten und gleichwohl ungebremst fortschreitendem Flächenverbrauch entgegenzutreten. Auch ist nach Erkenntnislage nicht zu erwarten, dass ein Gleichgewicht zwischen der Größe der Stadt und der Wirtschaftsleistung erreicht werden kann, da die weitere Entwicklung der Wirtschaftsleistung und das Wachsen der Bevölkerungszahlen einander bedingen und zusammen eine Wachstumsspirale ergeben.

Aber die Grünen sehen auch den Bedarf an Gewerbeflächen, insbesondere der Telgter Betriebe, deren Entwicklung sie positiv be-

gleiten möchten. Sie schlagen deshalb eine Strategie für die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen vor, die sowohl die bekannten Problemlagen im Hinblick auf Klima- und Artenschutz, die Wasserwirtschaft und

Der ökologische Wert der Flächen muss und kann gegenüber der jetzigen (Acker-)Situation vergrößert werden.

Dazu müssen Gründächer vorgeschrieben werden, möglicherweise

sadenbegrünungen sind zwingend. Eine Mindestbepflanzung mit Bäumen wird festgesetzt. Diese Maßnahmen sparen Ausgleichsmaßnahmen, so dass auf der anderen Seite keine weiteren landwirtschaftli-

legt werden, Regenwasser von den Dachflächen oder notwendigen Bewegungsflächen soll in Sickermulden geführt oder in Pflanzflächen dem Grundwasser zugeführt werden.

Die Fläche soll effizient ausgenutzt werden. Deshalb sollen die Gebäude zweigeschossig angelegt und möglicherweise auch durch zwei verschiedene Firmen genutzt werden. Die Höhenbegrenzungen müssen entsprechend angepasst werden. Außerdem wird eine Mindestbebauung festgelegt.

Der Kriterienkatalog für die Vergabe wird um das Kriterium „Bauökologie“ erweitert. Damit sollen die Gebäude unter den Aspekten Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Recyclingfähigkeit gebaut werden.

Die Stadt sichert sich vertraglich ein Vorkaufsrecht zum Marktpreis, für den Fall, dass ein Unternehmen sein Grundstück verkaufen will. So hat die Stadt die Möglichkeit bei Neuvergaben die Nutzung zu steuern und eventuell neue Erkenntnisse für ein „ökologisches“ Gewerbegebiet einfließen zulassen. u. w., g. k.



Foto: Tatjana Scharfe

die Konkurrenz zwischen Flächenentwicklung und Landwirtschaft würdigt, als auch die Entwicklung und den Abverkauf von Gewerbeflächen einbremst.

in Kombination mit Photovoltaikanlagen. Sämtliche Grünflächen auf den Grundstücken müssen bepflanzt oder als Blühwiesen ausgebildet werden, Fas-

chen Flächen entzogen werden. Der Wasserhaushalt muss neu in den Blick genommen werden: Alle Parkflächen müssen mit Gittersteinen ange-

KONTAKTADRESSEN

Ortsverband
Marian Husmann
Tel.: 933 5136

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Tel.: 770 96

It's cool!

Angenehme Sommer-Shirts aus Hanf.
Natürlich bei 2Heaven.

2HEAVEN Eco Concept Store for women + men. Kapellenstraße 4, Telgte

IMPRESSUM

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27, 48291 Telgte

Auflage: 8.400 Stück
V.I.S.d.P: Peter Spieker

Textbeiträge:
Wolfgang Pieper, Gerd Klünder,
Tatjana Scharfe, Katja Müller,
Sabine Grohnert, Michael Brandherm,
Christoph Grünwald, Bernhard Drestomark,
Udo Woltering, Peter Spieker,
Marian Husmann, Katja Behrendt,

Satz: Greta Scharfe

**ALLE
STIMMEN
FÜR DEN
WANDEL.**

**NOCH
KÖNNEN WIR
DAS KLIMA
WÄHLEN.**

VON HIER AN GRÜN.

   /GRUENENRW